

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungspediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

### An unsere Leser.

Mit dieser Nummer beginnt die Verfassung ihren vierten Jahrgang. Die Redaktion hofft, von ihren Lesern das Zeugniß zu erhalten, daß sie unwandelbar dem Ziele nachgestrebt hat, welches sie sich vom Beginn an gestellt hat, nämlich dem Ziele, das Verständniß des Volkes für die großen Aufgaben, welche es zu lösen hat, zu wecken und zu erweitern. Nur durch Erriugung und Befestigung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheit und des Rechtes sind die unserem Staate gestellten Aufgaben zu lösen; das ist der Grundfah, welchen wir als unsere Richtschnur angesehen haben; dieser Grundfah wird und auch fernerhin leiten, und geben wir uns der Hoffnung hin, auch fernerhin Leser zu finden, welche uns treu bleiben in dem Kampfe für Wahrheit und Recht, welche ja die einzig sichere Grundlage aller Macht und Größe bilden. Wenn wir künftighin neben den staatlichen Angelegenheiten auch den Vorgängen der Hauptstadt des Landes eine dem Raume unseres Blattes angemessene Beachtung schenken, so kommen wir damit nur vielfachen an uns gerichteten Aufforderungen nach, und hoffen wir, auch bei Behandlung dieser Stoffe Gelegenheit zu finden, allen Wünschen unserer Leser gerecht zu werden.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Norddeutschen Parlament, bei welchen unserem Volke zum ersten Male Gelegenheit gegeben wird, sein Wahlrecht in der Weise auszuüben, wie es die entfaltete liberale Partei schon seit Jahren gefordert hat, ersuchen wir unsere Leser, für eine möglichst große Verbreitung unseres Blattes in ihren Kreisen sorgen zu wollen.

Die Versendung unseres Blattes nach außerhalb findet am Sonntag mit dem Abendzuge statt; in Berlin wird dasselbe am Montag früh ausgegeben und werden die neuesten Nachrichten, welche Sonntags eingeht, in dem Blatte Aufnahme finden. Da der Preis unverändert bleibt, so wird unser Blatt fortan die billigste Montagszeitung sein, und dürfte sich besonders denen empfehlen, welche eine nur sechs Mal wöchentlich erscheinende Zeitung halten.

Wir bitten, die Abonnements möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da sonst die vollständige Nachlieferung der erschienenen Exemplare nicht versprochen werden kann.

Der vierteljährliche Abonnementpreis beträgt bei allen preussischen Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7 1/2 Sgr.; in Berlin in der Expedition, Taubenstraße 27, 4 1/2 Sgr., bei sämtlichen Zeitungspediteuren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inserate, welche bei der großen Auflage des Blattes im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Pettizeile 2 Sgr.; bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

### Zu den Parlamentswahlen.

In wenigen Wochen steht unserem Volke eine große Aufgabe bevor, es soll am Wahltag das Befähigen helfen, was durch das Blut unserer Brüder im Sommer des Jahres 1866 aufgelaugt worden ist. Man halte diese Aufgabe für keine leichte, man meine nicht, die Regierung, welche ja alles gemacht habe, werde das begonnene Werk nun auch vollenden können, gleichviel, ob das Parlament so oder so zusammengesetzt sei. Die-

jenigen die solches glauben, befinden sich entweder sehr im Irrthum, oder sie haben eine ganz falsche Vorstellung von der Frucht, welche aus der blutigen Saat des vorigen Sommers reifen muß.

Allerdings hat vor noch nicht langer Zeit ein Mitglied jener Partei, welche sich die conservative nennt, gesagt, seine Partei sei für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, weil sie hoffe, die Wahlen würden zu Gunsten dieser Partei ausfallen, aber wenn durch die Rässigkeit des Volkes diese Hoffnung in Erfüllung geht,

so wird man auch sehen, wie wichtig die Antwort war, welche Senem geworden. Möglich, so hieß es, daß die Wahlen ein „conservatives“ Parlament geben, aber was soll die Regierung mit einem solchen Parlament anfangen?

Was soll die Regierung mit einem solchen Parlament anfangen? Diese Worte beherzige man, und man wähle so, daß das Parlament nicht nur der Regierung die Möglichkeit gewähre, etwas mit ihm anzufangen, sondern daß es auch selbst weiß, was es anzufangen hat, damit etwas erdenkliches zu Stande kommt.

Was zu Stande gebracht werden soll, das sollte eigentlich jeder verständige Mann wissen; wir lassen hier, um noch einmal unsern Lesern das ins Gedächtnis zurückzurufen, was wir für die Aufgabe Preußens und des Parlaments halten, einige Stellen aus der Rede folgen, welche Dr. G. B. Dyppeheim in Berlin vor einer von etwa 5000 Menschen besuchten Volksversammlung über diesen Gegenstand gehalten hat:

„Wir halten“, so sagte er, „noch heute an der Ueberzeugung fest, daß das Einheitsrecht nur auf dem Boden der Freiheit fest wurzeln kann; die großen Ereignisse des vergangenen Sommers, welche wir mit Freuden begrüßen, haben uns darin nicht widerlegt. Der Erfolg beweist viel, er beweist nicht Alles. Das System des großen Staatsmannes, der Preußens Geschicke leitet, trifft nur die eine Hälfte der Aufgabe, die andere ist der liberalen Partei anvertraut. Hätte die preussische Regierung es nicht sorgfältig vernachlässigt, um die Geißen des deutschen Volkes zu werden, wäre Preußen in Deutschland populär, so hätte die französische Diplomatie keinerlei Einmischung versuchen dürfen, wir hätten nimmermehr an der Mainlinie stehen bleiben müssen, wir wären nicht in den ansehnlichen Ländern zu Maßregeln der Strenge genöthigt, die und selber wehe thun; ja, wir hätten nicht einmal das Kriegsrecht auf die, allerdings einst widerrechtlich akkroyirten, Verfassungen der ansehnlichen Länder anzuwenden gebraucht, weil die Landtage dann selbst für Einmischung in Preußen gestimmt hätten.“

Und über die Verfassung des künftigen deutschen Staates, welche das Parlament feststellen soll, sagte er: „Die künftigen Parlamente müssen beschließende Stimmen haben. Wir denken an ein Volkshaus ohne sogenannten Staatenhaus, das der einheitlichen Centralgewalt als einheitliche Nationalvertretung mit starken Befugnissen gegenübersteht. Denn man hängt sich nun auf Das, was auch widersteht. Eine Erste Kammer, ein Staatenhaus würde nur zur Befestigung des Paritätarismus und zur Reuebelung der bundesmäßigen Anordnung dienen. Das künftige Parlament wird mit den Einzel-Landtagen gewisse Befugnisse theilen, aber nicht mit ihnen konkurriren. Es muß dafür geforgt werden, daß die Reaktion nicht zwischen zwei solchen Körperschaften Zwischenhaken spiele.“

Die Centralgewalt wollen wir als eine wirkliche Regierung mit Hoheitsrechten. Sie soll über ein einheitliches Heer verfügen, das nicht aus bloßen Kontingenten besteht. Eben so wenig darf unser Steuersystem auf bloße Matrivalbeiträge begründet werden; denn an Kontingenten und Matrizen ging das deutsche Reich zu Grunde, mit Kontingenten und Matrizen hat man eine Bundesarmee, wie sie sich im letzten Kriege so unsterblich klamiert hat, — kein Volk in Waffen!

„Aus dem Allen folgt mit Nothwendigkeit das Steuer-

verweigerungsrecht des Parlamentes, und von da aus denn auch eine liberale Revision der Einzelverträge.“ — Ferner verlangen wir ein deutsches Reichsbürgerrecht mit allen Rechten, die daraus folgen, als Freihandel, Vereinkrecht, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Ohne eine solche Verschmelzung der Bevölkerung bleibt das Einheitswerk auf dem Papiere stehen. — Auch der Zollverein gehört in die Verträgeverhältnisse unseres Bundesstaates; wir können nicht gelassen sein, auf diesem Gebiete die alte Bundestags-Miläre und das liberum veto jedes Bundesstaates fortzuheben; wird er erst von Berlin aus konstitutionell geleitet, so müssen die Staaten des deutschen Südens, welche den Zollverein nicht entbehren können, sich auch zur bundesstaatlichen Einigung entschließen. Es ist nicht so schwer, den Süden heranzuziehen; bieten wir ihm nur eine gute Verfassung, so wird die Einheitspartei jenseits der Mainlinie bald überall die Oberhand gewinnen!“

Das sind die wesentlichen Forderungen, welche das Parlament fest begründen soll, und damit es dies kann, möge sich das ganze Volk einmütig an der bevorstehenden Wahl betheiligen; möge jeder an den Wähltsch eilen, um seine Bürgerpflicht zu erfüllen und einen Mann zu wählen, welcher ihm geeignet scheint, an dem hohen Werke mitzuarbeiten und es auch zu fördern.

### Politische Wochenchau.

Preußen. Endlich ist in Bezug auf den den hiesigen Beratungen unterbreiteten Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund eine offizielle Mittheilung gemacht worden, welche allerdings auch nur sehr wenig mittheilt, aber doch einige frühere irrige Mittheilungen berichtigt. Diese Mittheilung lautet: In dem Entwurf der Verfassung für den norddeutschen Bund ist dem Stimmverhältnis für den Bundesth in dem preussischen Entwurf nicht das Verhältnis der Stimmenvertheilung, wie es für den engeren Rath des ehemaligen Bundesstaates bestand, sondern das Plenum jenes Kollegiums zu Grunde gelegt. Zweitens ist die für den einzelnen Mann des norddeutschen Bundesherren zu zahlende Rate auf 225 Thaler, nicht auf 220 Thaler jährlich festgestellt. Drittens ist in dem preussischen Entwurf allerdings für den künftigen Reichstag die Ausschließung der Beamten vorgeschlagen, eine Ausschließung, die ja auch in England, welches doch als konstitutioneller Normalstaat gilt, in Hinsicht auf die Staatsbeamten, mit wenigen Ausnahmen, stattfindet. Auf das zunächst einzuberufende norddeutsche Parlament, mit welchem die Verfassung vereinbart werden soll, findet diese Proposition aber natürlich noch keine Anwendung, da die Parlament nach dem Reichswahlgesetz von 1849 gewählt wird, welches die Beamten von der Wählbarkeit nicht ausschließt. Endlich ist zu bemerken, daß der preussische Verfassungsentwurf nicht, wie einigen Mäthern geschrieben wird, aus 12 Mittheilungen mit 64 Paragraphen, sondern aus 13 Mittheilungen mit 69 Paragraphen besteht. Wahrscheinlich rührt der Irrthum in letzterer Hinsicht daher, daß einem früheren Entwurf später noch Bestimmungen über das Post- und Telegraphenwesen hinzugefügt worden sind.

Wir wollen nur kurz hinzu bemerken, daß uns die Einrichtung eines Bundesthates, sei es mit dem einen, sei es mit dem andern Stimmverhältnis, welcher durch seine Beschlässe den König majestätisch kann, keine glücklich getroffene Bestimmung zu sein scheint. Was den Kostpunkt der Armee anbelangt, so ist für uns nicht die Frage: Soll ein Mann jährlich 220 oder 225 Thlr. kosten, wichtig, sondern die Frage, ob ein Normal-Budget aufgestellt werden soll,

welches der Volksvertretung auf Jahre hinaus ihr wichtigstes Recht nimmt. Was nun den Ausschluß der Beamten an der Wahl anbelangt, so ist diese Frage schon so oft besprochen, daß wir glauben, Jedermann in Preußen, der sich eine unabhängige Urtheil bewahrt hat, ist der Meinung, daß eine solche Ausschließung von Seiten der Regierung in keiner Weise zu rechtfertigen ist.

Ueber den Zutritt des norddeutschen Parlamentes und die Wahlen dazu bringt das offizielle Blatt folgende Mittheilung: „Die preussische Regierung hat die Mitglieder des norddeutschen Bundes von ihrem Ausschluß in Kenntniß gesetzt, das Parlament vom 15. Februar d. Z. einzuberufen und eine Anzahl Regierungen bereits ihre Uebereinstimmung mit diesem Entschlusse des preussischen Kabinetts ausgesprochen. Preussischer Seits sind alle Anhalten getroffen, um die Wahlen zum Parlament nach Möglichkeit zu beschleunigen. Aus dem Ministerium des Innern ist das Wahl-Reglement den Vornräthen und den Bürgermeistern der Städte direct, nicht wie es sonst zu geschehen pflegt durch Vermittlung der Bezirksregierungen, zugesandt worden. In einer Ministerialverfügung werden gleichzeitig die Behörden aufgeführt, die Vorbereitung zu den Wahlen auf alle Weise zu beschleunigen und namentlich die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung der Wahlvorstände und die Aufstellung der Wählerlisten unverzüglich zu veranlassen, damit am 15. Januar die Auslegung der Listen überall beginnen könne. Wo der Einhaltung dieses Termins etwa Schwierigkeiten entgegenständen, soll darüber schleunigst an das Ministerium berichtet werden. In dieser Verfügung ist noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die nach alphabetischer Ordnung anzufertigenden Wählerlisten in den Städten in erster Linie nach der alphabetischen Reihenfolge der Straßen aufzusuchen, dann innerhalb der Straßen die Häuser nach der Folge ihrer Nummern und drittens innerhalb der Häuser wieder die in jedem Hause wohnenden Miether in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen seien. Ferner ist bemerkt, daß auch die Militärpersonen, sofern sie wahlberechtigt, in die Wählerliste aufzunehmen sind. Was die Stimmgelt betrifft, so soll es unter Beibehaltung der darüber in dem Wahl-Reglement enthaltenen Bestimmungen, doch im Uebrigen jedem Wähler überlassen bleiben, in welcher Weise er dieselbe abgibt, so daß also ebensoviele gedruckte, wie geschriebene Stimmgelt zulässig sein werden.“

Gegenüber dieser offiziellen Mittheilung haben wir wesentlich unsere Bedenken gegen die Zulassung gedruckter Stimmgelt geltend zu machen, da solche, selbst bei aller angewandten Vorsicht, doch immer kenntlich sein werden, so daß dadurch die geheime Abstimmung griffenmäßig in eine öffentliche verwandelt wird.

Bei dem nahen Termin der Auslegung der Wählerlisten ermahnen wir alle Wahlberechtigten recht dringend, sich zu überzeugen, ob ihre Namen in der Liste enthalten sind.

Die Wahlbewegung im Lande ist im Zunehmen begriffen; in der letzten Woche sind wieder in sehr vielen Orten Versammlungen abgehalten und Komite's gebildet worden. Man fängt auch in den einzelnen Bezirken schon an, sich über die Person der aufzustellenden Kandidaten zu verständigen. Möge man nur allenthalben bestritt sein, solche Männer zu wählen, welche unabänderlich festhalten am Streben nach Freiheit und Recht, und welche die Gewißheit bieten, daß sie das hohe Ziel der Begründung der Freiheit in Preußen niemals aus den Augen verlieren.

Mit der Publikation des Gesetzes über die Einverleibung Schleswig-Holsteins haben die Erungenschaften Preußens in

dem glorreichen Kriege des letzten Sommers einen formellen Abschluß erhalten. Es stellt sich jetzt, um es kurz zu wiederholen, die Veränderung des Preussischen Staatsgebietes im Laufe des denkwürdigen Jahres 1866 in folgenden Zahlen heraus: Das Königreich Preußen (einschließlich der Hohenzollernschen Lande, des Jahrbereichs und Lauenburgs) enthielt bis 1866 ein Gebiet von 508,674 Quadratmeilen mit 19,304,843 Einwohnern. Dazu sind durch die Siege und Erfolge dieses Jahres hinzugekommen: Hannover . . . . . mit 698 $\frac{1}{2}$  Q. M. und 1,923,492 Einw. Kurhessen . . . . . 172 $\frac{1}{2}$  „ . . . 737,283 „ Nassau . . . . . 85 „ . . . 466,014 „ Frankfurt . . . . . 1 $\frac{1}{2}$  „ . . . 89,837 „ Schleswig-Holstein . . . 320 $\frac{1}{2}$  „ . . . 960,996 „ Lausitzische Abtretungen 10 „ . . . 32,976 „ Hessen-Darmstädtische Gebiete . . . . . 20 „ . . . 75,102 „

Das jetzige Preussische Gebiet beträgt also: 6385 $\frac{1}{2}$  Q. M. mit 23,590,543 Einw.

Der Zuwachs im Jahre 1866 . . . . . 1308 $\frac{1}{2}$  „ . . . 4,285,700 „

Die liberale Partei in Preußen hat im Laufe der letzten Woche zwei wackere Männer verloren. In Lübeck ist der frühere Abgeordnete R. Barre gestorben, und in Berlin der Kammergerichtsrath a. D. R. v. Herrort.

Aus Schleswig-Holstein liegt eine Proclamation des Herzog Friedrich vor, in der er, unter Wahrung seiner Rechtsansprüche, die Schleswig-Holsteiner ihrer Verpflichtungen gegen ihn entbindet.

In Hannover scheint die Mehrzahl der Officiere sich entschlossen zu haben, in preussische Dienste zu treten.

In Nassau beabsichtigt die Regierung die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden aufzuheben. Soweit der Fiskus selbst diese Jagdgerechtigkeit besitzt, soll auf jede Entschädigung verzichtet werden.

In Frankfurt a. M. beschäftigt man sich noch immer, eine große Aneignung gegen Preußen zur Schau zu tragen; wir glauben jedoch nicht, daß das lange anhalten wird.

**Norddeutsche Bundesstaaten.** In Sachsen hat die Regierung den Rammern eine Vorlage gemacht, aus der hervorgeht, daß der Krieg dieses Sommers dem sächsischen Volke 21 $\frac{1}{2}$  Millionen Thaler kostet. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung 8 $\frac{1}{2}$  Thaler. Eine etwas harte Bestrafung des Volkes für die Special-Vergünstigungen des Herrn v. Beust.

In Sachsen-Coburg erhält sich das Gerücht, daß der Herzog Ernst seiner Krone zu Gunsten Preußens entsagen wolle. Sein Erb ist der Prinz Alfred von England, und glauben wir nicht, daß derselbe einem solchen Vorhaben große Schwierigkeiten in den Weg legen würde.

In Mecklenburg hofft die liberale Partei trotz der ungunstigen Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Wahlreglements doch einige liberale Kandidaten für das norddeutsche Parlament durchzusetzen.

**Deckerreiß.** Das Budget für 1867 ist publicirt worden. Dasselbe schließt, wie schon telegraphisch mitgetheilt, mit einem Defizit von etwa 27 Millionen Gulden ab. Wie groß aber wird dieses Defizit in Wirklichkeit sein? Diese Frage läßt sich schwer beantworten. Im vorigen Jahre waren bei Ausbruch des Krieges nach dem Bericht des Finanzministers nur noch 3 Provinzen steuerfähig, und selbst wenn der Frieden erhalten worden wäre, so würden die Einnahmen voraussichtlich um 40 Millionen Gulden hinter den sehr gering veranschlagten Einnahmen zurückgeblieben sein. Das bei solchen Finanzständen nicht an eine gedeihliche Entwicklung des staatlichen Lebens zu denken ist, liegt auf der Hand, und es

ist auch von dem neuen Versuch der Einführung einer Art von Konstitutionalismus in den Ländern diesseits der Leitha kein irgendetwas ersprießliches Resultat zu erwarten. Es ist schon jetzt aus dem publicirten Geleß ersichtlich, daß die Deutschen Oesterreichs in dem neuen Reichstaate vollständig von den Slaven unterdrückt werden müssen, ein Verhältnis, welches die völlige Auflösung des österreichischen Kaiserstaates nur beschleunigen kann.

Wie es mit der Volksbildung in Oesterreich steht, davon giebt eine Petition aus Tyrol Kunde, welche die Regierung bittet, dem verderblichen Treiben der Telegraphen entgegenzutreten.

**Frankreich.** Die friedliche Neujahrrede des Kaisers findet ihre Erklärung und zugleich eine Würdigung, daß sie ernstlich gemeint ist, in der großen Abneigung des Volkes gegen die vorgezogene Militair-Reorganisation. In Folge dieser Abneigung soll der Kaiser selbst schon eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen ausgearbeitet haben.

**Italien.** Die italienische Regierung hat von der türkischen Regierung wegen des Conflictes eines Postdampfers mit einem türkischen Kriegsschiff in einer so entschiedenen Weise Genugthuung gefordert, daß man vielsach der Ansicht ist, es werde dies zu Verwicklungen führen, welche die Einmischung der Großmächte in die orientalische Frage zur Folge haben können.

**England.** Am Schluß des Jahres ist ein Theil des Krystallpalastes niedergebrannt. — Die seltene Bewegung ist noch immer im Zunehmen. Die Regierung hat jetzt auch ernsthafte Anstalten getroffen, um Kanaba gegen einen möglichen Einfall der Feinde sicher zu stellen, und ist der englische Gesandte in Nord-Amerika angewiesen worden, in der allerenschiedensten Weise von der Regierung von Nord-Amerika die Beobachtung der strengsten Neutralität zu fordern.

**Spanien.** Das alte Jahr ist mit einem Staatsstreik in bester Form geschlossen worden. Die Kammern sind aufgelöst worden, und die Regierung hat gleich darauf eine Anzahl von Abgeordneten verhaften und nach den kanarischen Inseln transportirt lassen. Natürlich ist dadurch der Thron der Königin Isabella nicht sehr besetzt worden. In den nächsten Wochen will sie den König von Portugal besuchen, wahrscheinlich um ihn zu bestimmen, dem Anträgen der Bevölkerung, die ganze Halbinsel unter seinem Scepter zu vereinigen, noch recht lange zu widerstehen. Wir glauben nicht, daß ihre Reise von Erfolg sein wird. Die Frucht ist reif und muß nächstens dem Könige von Portugal in den Schooß fallen.

**Nord-Amerika.** Wie es heißt, soll jetzt doch die Absicht, den Präsidenten Johnson in Anklagezustand zu versetzen, zur That werden. Die allgemeine Volkstimmung in den vereinigten Staaten ist ganz entschieden gegen den Präsidenten, welcher sich durch sein Verhängeln mit den Sklavenhaltern um seine ganze Popularität gebracht hat. Das Volk in Nord-Amerika hält fest an dem einmal als richtig anerkannten Grundsatz, daß der Preis des vierjährigen Kampfes vor Allem die Abschaffung der Sklaverei sein müsse.

### Neueste Nachrichten.

Peft, 4. Januar. Dem Pesti Naplo wird aus Wien geschrieben, daß, wenn das Laborat der Siebenundszwanziger-Commission dem November-Reskript nicht geradezu widerspreche, ein selbstständiges ungarisches Ministerium werde bewilligt werden. Dem außerordentlichen Reichsrathe werde

die Regierung formulierte Vorschläge, den Hauptpunkten des fünfzehner-Laborats entsprechend, vorlegen, jedoch Delegationen ad hoc weber beantragen noch perhorresciren. Den Reichsrathswahlen werde eine politische Amnestie vorausgehen.

Peft, 4. Januar. Man zweifelt nicht, daß das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht und das daraus stichende System der jeßem ungarischen Landtage, welcher durch die Anwesenheit einer verantwortlich ungarischen Regierung legislative Fähigkeit besitzt, werden, auf seinen Widerstand stoßen werde. In der Besprechung der Finanzverlage jagt dasselbe Heß, die 400 Millionen Staatenloten seien für Ungarn nach sechs- und zehnjähriger Verarmung wohlthueden gewesen. Die Einberufung der transilvanischen Vertretungen begrüßt Man mit der aufschichtigsten Freude.

Dresden. Es verlautet, der König von Preußen werde in nächster Woche unserm Könige seinen Gegenbesuch abstatten. (N. fr. Pr.)

### Aus Berlin.

— Die Feierlichkeiten bei dem 60jährigen Militair-Jubiläum des Königs sind in keiner bemerkenswerthen Weise in die Dessehnlichkeit getreten. Von den alten preussischen Kriegern ist dem Könige ein 60 Blätter zählender goldener Lorbeerkranz überreicht worden; von Seiten der Armee ist dem Könige eine silberne Ehreninsule genidmet worden. Mittags war Gulas-Diner, zu dem außer den fürstlichen Personen, den Ministern und dem hohen Militair auch die Präsidenten beider Häuser des Landtages, der Ober-Bürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher von Berlin so wie die sechszehn Soldaten und Unteroffiziere geladen waren, welche im letzten Kriege das goldene Militair-Verdienstkreuz erhalten haben.

— In der Stadtverordnetenversammlung ist nach Einführung der neu gewählten Mitglieder der frühere Vorsitzende, Kochmann, wiedergewählt worden.

— Wie es heißt, trägt man sich an maßgebender Stelle mit dem Plan einer durchgehenden guten Pflasterung der Berliner Straßen. So freutig wir dies auch begrüßen würden, so erscheint es uns doch wünschenswerth, daß man erst darüber schließig werde, den Plan einer vollständigen Kanalisation ganz fallen zu lassen, und Berlin nur mit einem vollständigen Sielssystem zu versehen, durch welches die überreichenden und gleichzeitig den Verkehr störenden Rinnflüsse besichtigt werden.

— Aus dem Berliner Vereinsleben. Die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr ist kein glücklicher Zeitpunkt für die Ueberzucht des Berliner Vereinslotens, die wir mit dieser Nummer eröffnen wollen. Das Christfest mit seinen mannigfachen Vorbereitungen und Nachwirkungen lenkt den Blick von dem allgemeinen öffentlichen auf das individuelle Leben, von den Angelegenheiten des Staates auf die der Familie ab. Daher sind die Vereine, wenn sie nicht ganz feiern, kurz vor und nach Weihnachten und Neujahr wenig besucht. Vor so reger aber blüht das Vereinsleben dann auf und treibt frische Mäthen.

In dem kommenden Jahre aber ist es eine brennende Frage von nationaler Bedeutung, welche alle Berliner Vereine in Bewegung setzen wird. Die Wahlen zum Norddeutschen Parlament sind vor der Thür und stehen auf der Tagesordnung für die Versammlung eines jeden Bezirksvereins. Denn wenn man auch gerade in Berlin an den Zusammentritt des Norddeutschen Reichstages keine allzu große Hoffnungen knüpft, so begeistert man doch allenthalben, daß

Hierzu eine Beilage.

die möglichst starke Betheiligung bei den Wahlen eintreten muß, um der Gefahr zu begegnen, daß das Parlament zum Werkzeug der Reaction werde. Die rührigste Thätigkeit der freisinnigen Partei ist aber um so dringender, als sich aller Orten eine ganz geräuschlose aber desto einschneidendere Thätigkeit der konservativen Partei entwickelt. Im 2. Berliner Reichswahlbezirk ist von einem konservativen Verein der General Nolke als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden. Wir glauben nicht, daß die Partei damit, daß sie den hochverdienten Helden in dem Kampf der Parteien zieht, sich und ihm einen großen Dienst erweist; sie setzt den Helden von Weimar gerade bei der Berliner Bevölkerung, die in scharfer Weise zu kritisiren und das Verdict des Generalnolke vom der Befähigung des Abgeordneten so gut zu trennen weiß, nur einer unnützen Niederlage aus.

Am Freitag fand bereits in dem Friedrich-Werderschen Bezirk, welcher den 14., 15. und 16. Stadtbezirk umfaßt, eine Versammlung der Wähler statt, welche die Wahl von freisinnigen zuverlässigen Vertrauensmännern vornahm, die später mit den von den übrigen im I. Reichstags-Wahlbezirk gewählten Vertrauensmännern zusammenzutreten und die weitere Agitation in die Hand nehmen werden. Sämmtliche Vertrauensmänner mußten sich verpflichten nur für die Wahl solcher Männer zu Reichstags-Abgeordneten zu wirken, welche entschlossen seien, kein bestehendes Volksgesetz aufzugeben. Ein Redner sprach sich unter großem Beifall dahin aus, daß die deutschen Grundrechte in die Bundesverfassung aufgenommen werden müßten.

In dem Bezirks-Verein des Reppenitzer Stadttheils, welcher an demselben Abend Sitzung hielt, befaßte sich zwar die Parlamentswahl nicht auf der Tagesordnung, aber weder die vorzunehmenden Vorstandswahlen, noch die sonstigen inneren Angelegenheiten des Vereins konnten es verhindern, daß nicht wenigstens bei Eröffnung des Fragekastens die Parlamentswahlen zur Sprache kamen. Der Vorsitzende theilte mit, daß von Seiten des gewählten Comités die Versammlungen zur Wahl der Vertrauensmänner in allernächster Zeit bekräftigt werden würden. Von einem Vereinsmitgliede wurde darauf hingewiesen, daß man sich zunächst über das Prinzip für die Wahlen und erst später auf Grund des festgestellten Prinzips für ein n. Namen sich entscheiden sollte. Von verschiedenen Seiten wurde dem widersprochen, da es weit leichter sein werde, sich über einen Namen als über das Prinzip zu einigen, es komme aber überhaupt nur darauf an, feste und entschlossene Männer zu wählen. Als aber dabei von verschiedenen Seiten auf Johann Jacoby hingewiesen wurde, bemerkte der erste Redner, Johann Jacoby wäre kein bloßer Name, sondern ein Prinzip.

Der Leuzschitz-Bezirks-Verein hielt gleichfalls am Freitag Abend eine Sitzung, in der er sich mit den Parlamentswahlen beschäftigte. Als Kandidat für den III. Berliner Wahlbezirk wurden Dr. Johann Jacoby und Moritz Wagner vorgeschlagen. Die Versammlung sprach sich in ihrer Mehrheit für Joh. Jacoby aus. Es wurde beschlossen, in einer demnächst abzuhaltenden größeren Versammlung des ganzen Wahlbezirks nur diese beiden Candidaten in Vorschlag zu bringen, und in erster Linie für die Wahl Jacoby's zu wirken.

## Vermischtes.

† In England hat wegen der allgemeinen Bergwerks-tödtung in den meisten Fabriken und in dem Bergwerken

eine Lohnherabsetzung stattgefunden, resp. soll eine solche stattfinden. In den Eisenwerken in der Grafschaft Wales haben die Arbeiter ruhig zu den niedrigeren Löhnen die Arbeit fortgesetzt, da sie, Dank der vortheilhaften Assoziationsfreiheit, hinlänglich über die Verluste aufgeklärt worden sind, welche die Fabriken seit einem halben Jahre erlitten haben. — In den Baumwollenfabriken hat dagegen die Ankündigung der Lohnherabsetzung große Aufregung hervorgerufen, doch hofft man, daß sich Fabrikbesitzer und Arbeitergeher einigen werden.

† In den Zeitungen machen jetzt Angaben über Mexiko und die dortigen Zustände der Kunde, welche einem Werke des Abbé Domeneche über dieses Reichreich entnommen sind. Die mitgetheilten Charakterzüge sind recht ergötzlich, wenigstens für den, der fern von Mexiko weilt, ob sie aber richtig sind, möchten wir nach den früheren Proben, welche der Abbé Domeneche von seiner Beobachtungsgabe geliefert hat, bezweifeln. Der hochgelehrte Herr Abbé debutirte nämlich vor einigen Jahren mit einem „Buch der Wilden“, welches uns gar löbliche Aufschlüsse über die Ureinwohner Mittel-Amerikas bringen sollte, und welches auch in Frankreich großes Aufsehen machte und dem Herausgeber großen Lob für seine scharfsinnigen Erklärungen der bis dahin unentdeckten Schriftzeichen brachte. Vor der deutschen Kritik konnte das Werk des hochgelehrten Abbé aber nicht bestehen; sie fand sehr schnell heraus, daß das Manuscript, welches der Abbé herausgegeben und erläutert hatte, weiter nichts war, als das Zehnband eines kleinen Sohnes deutscher Auswanderer, welcher seine Zeichnungen in unbehilflichen Zügen mit deutschen Unterschriften versehen hatte, die die Bedeutung derselben anzeigten. Also Vorhuth in Bezug auf jene Schilderungen Mexikos!

† Es ist fast nur die englische Regierung, welche einigen Eifer in der Unterdrückung des Sklavenhandels beweist. Aber auch ihre Maßregeln sind höchst unzulänglich; denn unter den Schiffen, die auf die schnellsegelnden Sklavenschänder Jagd machen sollen, befinden sich die ältesten und schlechtesten Fahrzeuge der englischen Marine. Eine verhältnißmäßig geringe Anzahl verachteter Garpasier führt dabei ihre Schandthaten fortwährend mit dem besten Erfolge aus. Die eingetrossenen Stämme, ohne an eine gemeinsame Abwehr zu denken, vertheidigen nur ihre einzelnen Drackschiffe und werthen so den mit europäischen Feuerwaffen bewehrten weißen Barbaren ein leichtes Opfer. Die eingefangenen Unglücklichen erdulden die schrecklichsten Grausamkeiten, denn ohgleich in der Davanabach hoch bezahlt, ist der arme Schwarze an seiner heimathlichen Küste doch entsehrlich wohlfeil. Noch in jüngster Zeit hatte ein portugiesischer Händler mit einem Haufe in Beuronen einen Kontrakt zur Lieferung von 2000 Schwarzen abgeschlossen, die in zwei Malen binnen neun Monaten eintreffen sollten. Das erste Tausend war bereits verschifft und das zweite an der Küste zur Einschiffung bereit, als die uerwartete Nachricht eintraf, daß Haas in Bourbon habe seine Zahlungen eingestellt. Da der Lieferant gerade von anderer Seite keine Bestellungen hatte und Lebensmittel theuer waren, so jagte er einfach die unglücklichen Menschen fort, die von Hunger und Gland getrieben, die portugiesische Niederlassung blähten und von den Soldaten wie wilde Thiere niedergeschossen wurden. Solche Grauel kommen durchaus nicht selten vor, zu einer Zeit, wo das civilisirte Europa der beruhigenden Ueberszeugung lebt, der Menschenhandel sei ausgerottet.

# Anzeigen.

Für das mit dem 1. Januar 1867 beginnende neue Quartal sei zum Abonnement besonders empfohlen das

## Sonntags-Blatt für Jedermann aus dem Volke.

Begründet von Otto Nuppius.

Herausgegeben von Friedrich Spielhagen.

Erscheint jeden Sonntag in einem Vogen gr. Quart in elegantester Ausstattung. Preis vierteljährlich bei allen Buchhandlungen und Postämtern 9 Sgr.

Der Inhalt des Sonntags-Blattes besteht in:

- 1) **Original-Novellen** der bewährtesten Autoren, wie Friedrich Spielhagen, Carl Heigel, Adolf Stern, Friedrich Friedrich, Alfred Reigner, Ludwig Ziemssen, Maria v. Koskowska, Sophie Verena u. A.
- 2) **Einem fortlaufenden Album** von Originalgedichten oder musterzüglichen Uebersetzungen fremder Poesien.
- 3) **Schilderungen aus der Zeit**, die als Commentare zur Zeitgeschichte willkommen sein werden.
- 4) **Litterarischen Besprechungen** der vorzüglichsten Erscheinungen der deutschen Litteratur.
- 5) **Wissenschaft für's Leben**, populäre Abhandlungen aus allen Gebieten des Wissens, von den namhaftesten Autoren.
- 6) **Loose Blätter**, einer Blätterseife von kleineren anregenden Notizen und Besprechungen von Rath und Fern, aus Belegangtheit und Gegenwart.

Dieser vierteljährliche, theils unterhaltende, theils belehrende Inhalt macht das Sonntags-Blatt zu einer liberal vollkommenen Ergänzung zu den politischen Zeitungen und ermöglicht der niedrige Preis von vierteljährlich nur 9 Sgr. Jedermann, selbst dem weniger Bemittelten, das Abonnement darauf, wozu es hiernit bestens empfohlen sein möge.

Die Verlags-Handlung von Franz Duncker in Berlin.

## Der „Fortschritt“

Blatt für Stadt und Land

wird wie bisher auch im neuen Jahre in seinem Streben nach einer den lebigen Verhältnissen angemessenen politischen Gestaltung des engeren und weitem Vaterlandes beharren und dazu das Seine durch populäre Vorträge, sowie durch eine übersichtliche und wahrheitsgetreue Darstellung der wichtigsten politischen und sozialen Fragen beizutragen suchen, indem er ein möglichst treues Bild der Gegenwart besonders demjenigen zu geben sich bemüht, deren Zeit und Umstände es nicht erlauben, größere Zeitungen regelmäßig zu verfolgen. Wir werden zu diesem Zwecke in der Zukunft auch ein Heftchen von auserwählten belehrenden und unterhaltenden Artikeln beifügen. Der „Fortschritt“ nimmt Theil an der Aufgabe der liberalen Presse, dem Volke seine Lage klar zu machen und ihm seine Rechte und Pflichten zum Bewußtsein zu bringen. Um diese Aufgabe auch ferner freudig erfüllen zu können, richten wir an alle Freunde der Sache des Volkes die Bitte, uns in unserem Streben durch Verbreitung unseres Blattes, welches bei allen Lngl. Postämtern nur 3/4 Sgr. kostet, zu unterstützen.

Inserate finden bei billiger Preisberechnung die weiteste Verbreitung.

Die Redaktion.

Im Verlage von Franz Duncker in Berlin ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Wiggers, Moritz, Der Vernichtungskampf** wider die Bauern in Mecklenburg. Zur Geschichte des Zunterthums in Deutschland und zum Verständniß seiner Politik. Glog. geh. 10 Sgr.

—, **Die Finanzverhältnisse des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin.** Glog. geh. 1 Zbr. Beide Schriften dürften gerade jetzt vor den Wahlen zum Norddeutschen Bund ein willkommenes Material zur Beurtheilung der mecklenburgischen Verhältnisse bieten.

**Bamberger, Alte Parteien und neue Zustände.** Geh. 5 Sgr.

**Lewes, Goethe's Leben.** Kl.-Ausgabe, 2 Bde. geh. 2 Zbr.

**Palleske, Schiller's Leben.** Kl.-Ausg., 2 Bde. geh. 2 Zbr.

## Die Königsberger Neue Zeitung

(Redakteur: S. Stein).

Die Königsberger Neue Zeitung wird in dem mit dem 1. Januar d. J. beginnenden Quartale in vergrößertem Format und somit auch mit bedeutend vermehrtem Inhalte erscheinen.

Die verantwortliche Redaction des Blattes übernimmt mit dem 1. d. M. Herr S. Stein, früher Redakteur der Preussisch-Litauischen Zeitung; der bisherige Redakteur, Herr A. Stebbe, wird auch fernerhin für die Zeitung thätig sein.

Die Redaction, auf dem Boden der vollenbenden Thatsachen stehend, erkennt es als ihre Hauptaufgabe an, die staatliche Einheit Deutschlands und mit dieser zugleich die freipolitische Entwicklung des Vaterlandes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu fördern; beide Bestrebungen sind unzertrennlich von einander. Preußen kann seine große Aufgabe, aus dem gegenwärtigen Chaos ein einheitliches Deutschland zu schaffen, nur lösen, wenn es allen anderen deutschen Staaten auf der Bahn des Fortschrittes vorangeht, und den durch preussische Waffen eroberten Völkern diese Eroberung zur Befreiung werden läßt.

Die Zeitung wird bemüht sein, durch ihren reichhaltigen Inhalt, auch auf dem Gebiete der merkantilen und gewerblichen Interessen, sowie durch Mittheilungen aus der Provinz allen Anforderungen so weit als möglich zu entsprechen. Wichtige Ereignisse werden telegraphisch, die Kammer-Verhandlungen in der Regel am Tage darauf bringen.

Inserate kosten pro Pettzeile 1 Sgr.

**Verstellungen** aus der Zeitung für 1 Zbr. 5 Sgr pro Quartal nehmen sämtliche Postämter entgegen.

Die Expedition.

## Theater am Montag.

Opernhaus: Der schwarze Domino. (Krl. Hof. Artst.)

— Schauspielhaus: Freund und Feind. Spielt nicht mit dem Feuer. — Friedrich-Wilhelmsstadt: Altes Burd. Die Selige an den Werkbänken. — Wallner: Einer von uns're Kent. Im Wartesaal dritter Klasse. — Bitteria: Italien. Opernvorstellung. — Woltersdorff: Teufelskralle. — Kroll: Weihnachtsausstellung. Die Tanne. — Vorstadt: Des Goldschmieds Raube.